

Die Bundeswehr wirbt auf dem Hessentag – Dagegen protestieren wir

Keine Kröten fürs Töten! Kein Werben fürs Sterben!

Nach dem Aussetzen der Wehrpflicht ist die Krieg führende Bundeswehr mehr denn je bemüht, sich „attraktiv“ darzustellen.

Es heißt, von Deutschland werde erwartet, dass es „vermehrt internationale Verantwortung übernimmt“. Und „Verteidigungs“-Minister de Maizière sagte in einer Rede zur Neuausrichtung der Bundeswehr am 18.5.2011, es sei „ehrentvoll, in deutscher Uniform für eine bessere, gerechtere, freiere und sichere Welt einzutreten“.

Das Ziel der neuen „Sicherheits“-Politik tritt inzwischen immer klarer hervor: Die Kriegsführungsfähigkeit soll weiter gesteigert werden – mindestens 10.000 SoldatInnen sollen zukünftig zeitgleich dauerhaft in zwei Auslandseinsätzen und einer Marinemission eingesetzt werden können.

Der Wechsel von der Verteidigungs- zur Interventionsarmee kostet viel Geld. Die großspurig angekündigten Einsparungen im so genannten Verteidigungshaushalt sind ein Schwindel. Nach dem 45. Finanzplan des Bundes (August 2011) wird sich der Bundeswehretat im Jahr 2015 auf 31,7 Milliarden Euro belaufen. Das ist mehr als in der Hochphase des Kalten Krieges – von Friedensdividende kann keine Rede mehr sein.

Laut den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ vom Mai 2011 gehört es zu den deutschen Sicherheitsinteressen, „einen freien und ungehinderten Welthandel sowie den Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen zu ermöglichen“. Das widerspricht einer höchstrichterlichen Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts (21.6.2005), die besagt, dass der Einsatz der Bundeswehr nur als Abwehr gegen einen militärischen Angriff erlaubt ist, jedoch nicht zur Verfolgung, Durchsetzung und Sicherung ökonomischer und politischer Interessen. „In Anbetracht dessen“, so schreibt der pensionierte Oberstleutnant der Bundeswehr Jürgen Rose, „drängt sich die Frage nachgerade auf, inwieweit die Sicherheitspolitik dieser Republik den Boden des Grundgesetzes nicht längst verlassen hat.“

Statt in jedem Jahr mehr als 30 Milliarden Euro für Rüstung und Militär auszugeben, sollte die Bundesregierung viel stärker gewaltlose Konfliktlösungsmöglichkeiten finanzieren. Mehr als 200 qualifizierte Friedensfachkräfte aus Deutschland sind derzeit als StreitschlichterInnen, KonfliktberaterInnen und FriedensstifterInnen weltweit im Einsatz. Seit 1999 waren es mehr als 500. Dafür aber hat die Regierung in 2010 lediglich einen Zuschuss von 30 Millionen Euro gegeben. Für 2011 hat sie das Budget des Zivilen Friedensdienstes gar um eine Million Euro auf nur noch 29 Millionen Euro gekürzt. Zum Vergleich: Eine einzige Woche Afghanistan-Einsatz kostet die deutschen SteuerzahlerInnen 20 Millionen Euro. Rund 70 Prozent der Bevölkerung bringen dafür kein Verständnis auf.

Abgesehen von den Entwicklungen der letzten Jahre sollten alle Menschen, die sich der Werbung durch die Bundeswehr ausgesetzt sehen, ganz grundsätzlich bedenken:

Die Devise, dass Frieden im Zweifelsfall mit militärischer Gewalt geschaffen werden muss, führt früher oder später zum Krieg. Abschreckung kann nur funktionieren, wenn die SoldatInnen bereit sind, im Ernstfall tatsächlich Menschen umzubringen. Wann der Ernstfall eingetreten ist, bestimmen nicht die „einfachen“ SoldatInnen. Das bestimmen PolitikerInnen, die abhängig sind von „Zwängen“ wie Macht- und Wirtschaftsinteressen. Aber auch dann, wenn militärische Abschreckung zeitweise „funktioniert“, es also keinen Krieg gibt, so ist das kein wünschenswerter Frieden, denn die unglaublichen Geldsummen, die für die Rüstung ausgegeben werden, fehlen zum Beispiel, um den Hunger in der Welt zu bekämpfen.

Für das Bündnis gegen die Bundeswehr auf dem Hessentag 2012
v.i.S.d.P.: Martin Otto, Frankenstr. 77, 35578 Wetzlar

Folgende Organisationen und Gruppen schließen sich dem Protest gegen die Bundeswehrwerbung auf dem Hessentag 2012 in Wetzlar an:

.....
.....
.....
.....
.....

*Wenn der Name Ihrer Organisation / Gruppe unter obigem Text erscheinen soll,
senden Sie bitte den Coupon unten bis spätestens 25.5.2012
an Martin Otto, Frankenstr. 77, 35578 Wetzlar*

Unsere Gruppe / Organisation erklärt sich damit einverstanden, dass ihr Name (wie unten angegeben) unter dem Text „Die Bundeswehr wirbt auf dem Hessentag – Dagegen protestieren wir – Keine Kröten fürs Töten! – Kein Werben fürs Sterben!“ veröffentlicht wird.

Name der Gruppe / Organisation: _____

Anschrift: _____

Name und Unterschrift eines autorisierten Mitglieds: _____